

22. bundesweites Treffen des Aktionsbündnis Sozialproteste

Anwesend waren ca. 30 Personen aus Aschersleben, Berlin, Bielefeld, Braunschweig, Dresden, Fladungen, Gera, Göttingen, Halle (Saale), Hamburg, Hannover, Leipzig, Meiningen, Nordhausen, Riesa-Großenhain, Walkenried (Südharz) und Wittenberg.

Protokoll: Edgar Schu (Göttingen)
Die Moderation hat Pia Witte aus Leipzig übernommen.

1. Formalia

Zu Anfang Klärungen zur Tagesordnung:

Vorgeschlagene Tagesordnung:

1. Formalia (Begrüßung, Moderation, Protokoll)
2. Verschiedene Vorschläge für und Diskussion über Inhalte/Kernkampagnen 2008
 - a. In kurzer Zeit aktuell: Streik im öffentlichen Dienst
 - b. Regelsatzerhöhung jetzt!
 - c. Mindestlohn-10 EUR-Unterschriftenlisten
 - d. Zahltag/Begleitschutz ausbauen bundesweit
 - e. Zentrale Projekte gemeinsam mit weiteren Akteuren der Erwerbslosenbewegung/weiterer Bewegungen?
3. "Was für alternative, kreative Darstellungsformen neben den üblichen Infotischen und Demonstrationen gibt es, die wirken?"
4. Aktuelles

Zusätzlich zur vorgeschlagenen Tagesordnung sollen folgende Punkte diskutiert werden:

- Arbeitsgerichtsprozess Erfurt
- Thema: Sollte Kindergeld bei Alg II anrechnungsfrei sein?
- NOKIA Bochum
- „Vertafelung“ der Gesellschaft

Die veränderte Tagesordnung fand die Zustimmung der Versammelten.

Klärung ganz zu Anfang:

Vorgezogen:

Vorschlag für nächstes Treffen:

5. oder 12. April in Aschersleben (muss noch in den nächsten Tagen/Wochen endgültig entschieden werden)

Zu Anfang fand eine sehr kurze Vorstellungsrunde aller Anwesenden (Nennung: Name, Ort und Organisation(en)) statt.

2. Diskussion über Inhalte/Kernkampagnen 2008

2.a. Streik im öffentlichen Dienst:

Voraussichtlich Anfang April könnte es zu massiven Streikaktivitäten im öffentlichen Dienst kommen.

Die Anwesenden sind sich einig, dass die Streikenden im öffentlichen Dienst bundesweit, wo es möglich ist, unterstützt werden sollen.

Es wurde folgender Vorschlag durch die Anwesenden angenommen:

Es soll ein gemeinsames Flugblatt formuliert werden mit folgenden inhaltlichen Punkten:

1. Forderung 8 % begrüßen wir ausdrücklich.
2. Ebenso 200 EUR Sockelbetrag

Zusätzliche Forderungen, die wir anlässlich der Tarifaueinandersetzungen in die gesellschaftliche Diskussion tragen wollen:

1. Arbeitszeitverkürzung auf 38 Stunden.
3. Öffentlicher Dienst statt ÖBS!
2. Dann die Triade der Forderungen: 10 EUR Mindestlohn, 30-Stunden-Woche, 500 EUR Regelsatz (repressionsfrei)

Zusätzlich ist angeführt worden, dass die Sozialproteste sich in diesem Jahr, wo es organisiert werden könne, auch an zentralen Streikveranstaltungen beteiligen sollten. Peter Grottian wird Kontakt mit ver.di aufnehmen, um dafür zu werben, dass RednerInnen aus den Reihen der Sozialproteste, der Kunstschaaffenden und weitere Personen des öffentlichen Lebens auf größeren Veranstaltungen und Kundgebungen während des Streiks die Beschäftigten und ihre Forderungen unterstützen.

Es wurde weiterhin deutlich, dass das ganze Jahr über an vielen Orten unterschiedlichste Streikaktivitäten in allen Berufssparten durch die Sozialproteste unterstützt werden. Dennoch einigte man sich darauf, dass der Streik im öffentlichen Dienst eine besondere Gelegenheit sei, zu der man bundesweit mit einheitlichen Positionen auftreten könne, um eine gesamtgesellschaftliche Unterstützung für die Streikenden auf den Weg zu bringen.

Außerdem sollte versucht werden, der ver.di-Zeitung „Publik“ einen Artikel zur Veröffentlichung anzubieten.

Aus allen Regionen und Städten, wo eine Unterstützung der Gewerkschaften aus den Reihen der Sozialproteste geplant wird, sollen bis zum 15. März ein paar Zeilen an Edgar in Göttingen (info@die-soziale-bewegung.de) geschickt werden. Damit wir einen öffentlichen Austausch haben und sich abzeichnen kann, an wie vielen Orten die Zusammenarbeit schon anläuft.

Dies soll nach Möglichkeit auf der Homepage dargestellt werden.

2.b. Regelsatzerhöhung JETZT

Es wurde über die Idee diskutiert, für das Jahr 2008 die Forderung „Regelsatzerhöhung JETZT“ in den Vordergrund zu stellen.

Eine Regelsatzerhöhung liege in der Luft, eine breite Front von sehr vielen Organisationen forderte sie. Nur werde sie nicht parlamentarisch umgesetzt.

Daher sollte man zu diesem Zeitpunkt das „Jetzt“ betonen. Ein Betrag könne in der weiteren Formulierung der jeweiligen Organisation, des jeweiligen Netzwerkes genannt werden.

So addiere man den Druck der verschiedenen Organisationen, Netzwerke und Parteien, die eine Regelsatzerhöhung fordern. Die Forderung nach einer Regelsatzerhöhung sei auch die Antwort auf Alters- und Kinderarmut, da der sogenannte Eckregelsatz Dreh- und Angelpunkt für das unterste Niveau für die Sozialpolitik in Deutschland sei. Außerdem werde dadurch der Druck für einen möglichst hohen gesetzlichen Mindestlohn erhöht. Vorschlag einer Parole:

„Regelsatzerhöhung JETZT! Gegen Altersarmut, gegen Kinderarmut, für Menschenwürde!“

In der Diskussion zeigten sich noch weitere Punkte, die thematisch dazu gehören:

- im Grunde genommen sei es gut, dass Hartz IV nicht mehr die einzelnen Bedarfszahlungen beinhalte, sondern eine Pauschalsumme sei. Nur müsse diese auch wirklich hoch genug sein, was Hartz IV auf gar keinen Fall sei,
- im Artikel „Rechnen bis es passt“ (Die Zeit) ist ausführlich dargestellt, wie gewichtig und durchschaubar der Betrug des viel zu geringen Alg II-Regelsatzes sei,
- ebenso eine aktuelle Veröffentlichung „Regelsatzlüge“ auf tacheles-sozialhilfe (der Regelsatz müsste eigentlich nach den offiziellen Berechnungsmodalitäten 627 EUR sein),

- die Frage, ob nicht selbstverständlich die Höhe der Grundsicherung dem Pfändungsfreibetrag entsprechen müsste,
- Konstruktion der Bedarfsgemeinschaft müsse wieder abgeschafft werden.
- Inflationsausgleich solle in der ausführlichen Positionierung auch für die Zukunft berücksichtigt werden,
- die Frage, ob es rechtmäßig und gerechtfertigt sei, dass Kindergeld auf Alg II voll angerechnet werde,
- die Rolle der Bildung und die Möglichkeiten,
- öffentliche Daseinsvorsorge muss gewährleistet sein.

Es wurde ein Stimmungsbild erstellt, um eine Verständigung für ein Motto für die kommenden Kämpfe für eine Regelsatzerhöhung 2008 zu finden:

1. Vorschlag: Allen für ein menschenwürdiges Leben – 500 EUR jetzt!
2. Vorschlag: „Regelsatzerhöhung JETZT – Gegen Altersarmut, gegen Kinderarmut, für Menschenwürde“

Es sprechen sich 12 Personen für den ersten und 15 Personen für den zweiten Vorschlag (Regelsatzerhöhung JETZT) aus.

Nach diesem recht knappen Stimmungsbild wurde noch einmal nachgefragt, ob die „unterlegenen“ 12 Personen mit der Entscheidung leben könnten, dass man in den nächsten Monaten den Vorschlag „Regelsatzerhöhung JETZT ...“ gemeinsam stark mache. Dies wurde bejaht.

Also soll in den kommenden Monaten mit dem Motto „Regelsatzerhöhung JETZT! Gegen Altersarmut – gegen Kinderarmut – für Menschenwürde“ gearbeitet werden. Die weiteren diskutierten Positionen sollen in Veröffentlichungen im weiteren Text verarbeitet werden:

Inflationsausgleich, Kindergeld anrechnungsfrei, der Zusammenhang mit den Forderungen Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzung, der Begriff von Arbeit usw.“

Vorschläge für die öffentliche Vertretung der Forderung Regelsatzerhöhung JETZT

Vorschläge:

1. Präsenz bei Anhörung im Bundestag und am Tag der Bundestagssitzung selber.
2. Text von Prominenten.
3. Außerdem: Thema „Vertafelung der Gesellschaft“ (gemeint sind die Speisetafeln für Bedürftige) angehen. Es sei ein Skandal, dass diese für so viele Menschen notwendig seien.

1. Elke Reinke (MdB) berichtet, dass eine Anhörung im Bundestag zur Regelsatzerhöhung (gefordert von FDP, den Grünen und der Linken) stattfinden wird. Der genaue Termin muss noch in Erfahrung gebracht werden.

Die Anwesenden sind der Meinung, dass die Anhörung möglichst groß gemacht werden sollte, vielleicht sogar vergleichbar der Anhörung mit 500 Personen anlässlich des Rahmenantrages „Überwindung Hartz IV“ der Linken. Diese musste aufgrund der sehr großen Personenzahl im großen Sitzungssaal der CDU stattfinden. Elke Reinke wurde gebeten Möglichkeiten auszuloten, wie die Linksfraktion finanziell unterstützen könnte, damit viele Menschen dabei sein können. Gedacht wird an einen Betrag von ca. 2.000 EUR.

Weiterhin kann auch der Tag der Sitzung des Bundestages, bei der er sich mit dem Thema auseinandersetzt, wichtig für demonstrative Aktionen vor dem Bundestag sein.

Ideen hierzu:

- Hartz IV-Sturz: Clement, Schröder, Hartz stürzen. Florian Gerster muss natürlich auch dazu kommen: Erst Niedriglohn-Sektor einführen, dann einen Arbeitgeberverband anführen, der davon profitiert! So etwas eigne sich für die Darstellung in der Öffentlichkeit. Alle diese als Pappkameraden („Umnieten!“) oder auch als Personen mit Pappmasken. Man könnte ihre menschenverachtenden Zitate dazu stellen. (Auch Müntefering sei bei einer europäischen Konferenz in Brüssel Druck gemacht worden, indem er sich mit seinem eigenen Ausspruch unter großem internationalem Publikum als Deutscher konfrontiert sah: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“)
- In Gera hat man Hartz IV-Warenkorb neben alten der Sozialhilfe gestellt, um deutlich zu machen, wie einschneidend die Verknappung durch Hartz IV ist.

2. Forderungstext von Prominenten

Es soll ein Text entwickelt werden, welcher dem Motto „Regelsatzerhöhung JETZT“ folgt. Dieser soll durch Personen des öffentlichen Lebens, KünstlerInnen, WissenschaftlerInnen, GewerkschafterInnen usw. unterstützt werden.

Dieser Forderungstext soll dann auch den Abgeordneten zugeführt werden.

3. Vertafelung der Gesellschaft

Mit der einen oder anderen Aktionsform sollte darauf hingewiesen werden, dass es ein Skandal und eine große Widersprüchlichkeit sei, dass immer mehr Menschen, darunter sehr viele Alg II-EmpfängerInnen, ihr Essen bei den Tafeln für Bedürftige holen müssten.

Einerseits ist dies ein sehr deutlicher Hinweis darauf, dass der Alg II-Regelsatz zu niedrig ist. Andererseits zeigt sich darin der Umbau des Sozialstaats als garantiertes Recht zu einem obrigkeitstaatlichen Almosenwesen.

Gegen die Aktionsform, Tafeln demonstrativ z.B. für einen Tag zu schließen, gab es allerdings massive Bedenken. Eine andere Aktionsform könnte darin bestehen, mit einem möglichst großen gesellschaftlichen Bündnis auf den Missstand des notwendig werdenden immer größeren Zulaufs zu Tafeln hinzuweisen.

2.d. Zahltag

In Köln hat im Oktober und Dezember 2007 eine Aktion „Zahltag“ stattgefunden. Der Grundgedanke des Begleitschutzes wurde in einer anderen Qualität umgesetzt. Es bleibt nicht bei vereinzelt, individuellen Verabredungen von Personen, dass jemand zum Amtstermin begleitet wird, sondern es ist ein öffentlicher Anlass, zu dem massenhaft kollektive Begleitung organisiert wird. So entsteht ein Gegendruck von unten gegen den Druck von oben, der die Beschäftigten in den Behörden dazu drängt, möglichst wenig Gelder auszusahlen und möglichst viele Sanktionen zu verhängen.

Eine Aktionsform in Köln bestand darin, dass z.B. zehn Betroffene wie eine Art Polonaise von SachbearbeiterIn zu SachbearbeiterIn gehen und ein Betroffener nach dem anderen bis zum Schluss die Begleitung aller anderen hat. Kollektive Unterstützung in ihrer reinsten Form! Man geht nicht, nachdem man mit Hilfe der anderen Betroffenen seinen Anspruch durchgesetzt hat, sondern man bleibt dabei, bis auch der letzte in der „Polonaise“ bei seinem Sachbearbeiter war und man auch ihm gemeinsam zu seinem Recht verholfen hat.

Die Aktionsform soll sich ausdrücklich nicht pauschal gegen die Sachbearbeiter richten, sondern lediglich einen Gegendruck von unten erzeugen. So soll das Recht des Betroffenen gegen die ARGE/das Jobcenter durchgesetzt werden.

Dabei ist auch wichtig, dass vor dem Druckerzeugen durch massenhafte Begleitung die einzelnen Fälle durch qualifizierte BeraterInnen geprüft werden sollten. In Köln gab es an den Zahltagen eine „Beschwerdestelle“ vor der ARGE.

Erfreut wurde zur Kenntnis genommen, dass es eine organisationsübergreifende Initiative gebe. Ähnlich der Kampagne gegen Kinderarmut soll durch die verschiedenen Netzwerke die Idee des kollektiven Begleitschutzes/Beistandes bundesweit verbreitert werden.

Auch die Initiative, dass in Göttingen entsprechende Vorbereitungen laufen, wurde begrüßt. Auch der entsprechende Göttinger Aufruf, der in Göttingen vor dem Jobcenter in tausendfacher Auflage verteilt wird und beim Treffen vorlag, sollte nach dem Willen der Anwesenden im Internet zur Verfügung gestellt werden.

Es sollte auch die Internetseite zum Zahltag weiter ausgebaut werden.

Die Anwesenden einigen sich darauf, dass schon in der nächsten Zeit in mehreren Städten Initiativen ähnlich Zahltag gestartet werden sollten. Zunächst meldeten sich hierfür MitstreiterInnen aus Dresden, Leipzig und Berlin.

Außerdem sollte die Forderung „Regelsatzerhöhung JETZT“ auch in die Zahltag-Aktivitäten hinein getragen werden. Ebenso sollte nach Möglichkeit deutlich werden, dass es bei den Forderungen der Erwerbslosen nicht nur um sie alleine ginge, sondern dass der Druck auf die Erwerbslosen die gesamte Gesellschaft betreffe.

Der Erfahrungsaustausch der verschiedenen Zahltag-Aktivitäten soll über die Homepage (Anmerkung des Protokollanten: ist nun online auf http://www.die-soziale-bewegung.de/2008/zahltag_begleitschutz) und Rundmails stattfinden.

2.c. Unterschriftenliste „10 EUR Mindestlohn“

(Soziale Bewegung Land Brandenburg nimmt Impuls des Rhein-Main-Bündnisses auf)

Dem Treffen lag die Pressemitteilung aus Brandenburg (siehe Homepage des ABSP) vor. Man war sich sofort einig, dass auch das ABSP zu der entsprechenden Unterschriftensammlung aufrufen solle.

4. Aktuelles

a) Die Anwesenden sind sich einig, dass eine **Solidaritätserklärung für die NOKIA-Beschäftigten in Bochum** geschrieben werden solle. Hiermit wird der Kokreis des ABSP beauftragt.

b) **Arbeitsgerichtsprozess in Erfurt.** Peter Zalewski aus Karlsruhe klagt gegen die AWO, weil sie nach seiner Meinung 1-EUR-Jobs für qualifizierte Tätigkeiten missbraucht haben. Dieser Prozess findet am 20. Februar in Erfurt statt und hat bundesweite Bedeutung. (Anmerkung des Protokollanten: Informationen dazu finden sich nun auf der Homepage)

c) Gesucht wird die **deutsche Fabienne**: Diese Aktion, die in Gera gestartet wurde, wird inzwischen von verschiedenen Leuten in der gesamten Bundesrepublik vor allem im Internet verbreitet. Auch das ABSP will sich an der Verbreiterung der Aktion beteiligen. Es geht darum, dass sich die ARGE- und Jobcenter-Beschäftigten Schritt für Schritt aus ihrem Versteck trauen sollten und über die Missstände bei ihrer Arbeit, über den Sinn und Unsinn und über die Arbeitsbelastung berichten könnten – das Schweigen brechen. Ähnliches hat in Frankreich eine immer breiter werdende Bewegung in Gang gesetzt.

d) Um den Druck auf die Parlamentarier aller Fraktionen zu erhöhen, wurde angeregt, dass dort, wo die Bundestagsabgeordneten ihren Wahlkreis haben, die **regelmäßig stattfindenden Bürgersprechstunden ebenso regelmäßig durch MitstreiterInnen der Sozialproteste und durch weitere Hartz IV-Betroffene aufgesucht** werden könnten, damit die Abgeordneten auf gar keinen Fall vergessen, was Hartz IV bedeutet.

e) Da nach wie vor in vielen Städten der Bundesrepublik Montagsdemonstrationen bzw. Montagskundgebungen stattfinden, wurde angeregt, dass es attraktiv und heutzutage dank vieler Flatrate-Tarife von Handys umsetzbar sei, **in einer anderen Stadt gesprochene Redebeiträge vom Handy auf das Mikrofon** der Montagsdemonstration vor Ort zu übertragen und hörbar zu machen. Dies könnte einen **Zusammenhalt und Gemeinsamkeit zwischen den Aktiven in verschiedenen Städten** erzeugen. (Ende des Protokolls)